

# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **RAT: KÜNFTIGE POLNISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT BESCHLIESST ARBEITSPROGRAMM**

Das polnische Parlament hat am 31.05.2011 in Warschau das Arbeitsprogramm für die polnische Ratspräsidentschaft beschlossen, die am 01.07.2011 beginnt. Die drei Hauptschwerpunkte werden wirtschaftliches Wachstum, Verbesserung der Energieversorgungssicherheit, der Lebensmittelsicherheit und der militärischen Sicherheit sowie die Beziehungen insbesondere zu den östlichen Nachbarstaaten und die Erweiterungspolitik („Europäische Öffnung“) sein. So sollen die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien unter polnischem Vorsitz erfolgreich abgeschlossen werden.

Das Wirtschaftswachstum in der EU soll vor allem durch Stärkung des Binnenmarktes und der Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden. Dabei will der künftige polnische Ratsvorsitz einen Schwerpunkt auf elektronische Dienstleistungen und eCommerce legen. Außerdem werden die Kohäsionspolitik und die gemeinsame Agrarpolitik eine wesentliche Rolle spielen. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt werden die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 sein.

### **KOMMISSION: NEUE EU-NACHBARSCHAFTSPOLITIK**

Am 25.05.2011 haben die Hohe Vertreterin für Auswärtige Angelegenheiten, *Catherine Ashton*, und der Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik, *Stefan Füle*, den Kommissionsvorschlag für eine Reform der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) präsentiert. Ziel ist es, den Demokratisierungsprozess und die sozio-ökonomische Entwicklung im südlichen Mittelmeerraum (Ägypten, Tunesien, Syrien, Algerien, Libyen, Marokko, Israel, Palästina, Libanon und Jordanien) und in Osteuropa (Georgien, Ukraine, Moldawien, Armenien, Aserbeidschan und Weißrussland) mit mehr Nachdruck als bisher zu unterstützen. Grundlage der neuen Nachbarschaftspolitik sollen eine stärkere Konditionalität der Unterstützung, ein klares Bekenntnis zu Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie das langsame Heranführen der EU-Nachbarstaaten an den EU-Acquis mit dem Ziel einer engeren politischen Anbindung an die EU sein.



Für die Umsetzung der ENP sind bis 2013 1,242 Mrd. € als zusätzliche Finanzmittel erforderlich. Diese Mittel sollen zum Teil aus Rückflüssen älterer Darlehen und Risikokapitalgeschäften bereit gestellt werden (ca. 250 Mio. €). Die weiteren Mittel, um den zusätzlichen Finanzbedarf zu decken, können nach Vorstellung der Kommission aus der Rubrik 4 des mehrjährigen Finanzrahmens 2007 - 2013, aus dem Flexibilitätsinstrument und aus der Soforthilfereserve umgeschichtet werden.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

### **MASSNAHMENPAKET FÜR BESSERE STEUERUNG DER MIGRATIONSSTRÖME AUS DEM SÜDLICHEN MITTELMEERRAUM VORGESTELLT**

Die Kommission hat in einer Mitteilung vom 24.05.2011 einen Maßnahmenplan zur Bewältigung der Folgen der Umbrüche in Nordafrika vorgestellt. In dem Dokument, das die Mitteilung vom 04.05.2011 ergänzen soll, schlägt die Kommission einen „Dialog mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraums über Migration, Mobilität und Sicherheit“ vor. In der Mitteilung werden sowohl kurz- als auch langfristige Maßnahmen aufgezählt, um die Situation für die Bürger der betreffenden Länder zu verbessern und die Auswirkungen der Ereignisse auf die EU-Mitgliedstaaten steuern zu können. Insbesondere schlägt die Kommission Mobilitätspartnerschaften mit den betreffenden Staaten vor. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen von den EU-Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat (ER) am 24.06.2011 diskutiert werden.

[http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110524/292/1\\_DE\\_ACT\\_part1\\_v2.pdf](http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110524/292/1_DE_ACT_part1_v2.pdf)

### **KOMMISSION LEGT JAHRESBERICHT ÜBER EINWANDERUNG UND ASYL 2010 VOR**

Am 24.05.2011 hat die Kommission ihren Jahresbericht über Einwanderung und Asyl 2010 vorgelegt. Darin werden die Entwicklungen bei der Umsetzung des Paktes für Einwanderung und Asyl von 2008 und die diesbezüglichen Prioritäten des Stockholmer Programms von 2009 auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten zusammengefasst und bewertet, sowie Empfehlungen für künftige Maßnahmen formuliert. Insbesondere befasst sich der Bericht mit Fragen der legalen und illegalen Migration, sowie mit dem System der Grenzkontrollen an den Außengrenzen der EU.



[http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110524/291/1\\_DE\\_ACT\\_part1\\_v2.pdf](http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110524/291/1_DE_ACT_part1_v2.pdf)

### **KOMMISSION SCHLÄGT MECHANISMUS ZUR EINSCHRÄNKUNG DER VISAFREIHEIT BEI MISSBRAUCH VOR**

Ebenfalls am 24.05.2011 hat die Kommission vorgeschlagen, die Visaverordnung dahingehend zu ändern, dass die Visa-Freiheit für Drittstaatsangehörige eingeschränkt werden kann, wenn die Reisefreiheit missbraucht wird. So soll eine Schutzklausel eingeführt werden, die unter bestimmten außergewöhnlichen Umständen eine vorübergehende Wiedereinführung des Visumerfordernisses für Drittstaatsangehörige ermöglichen würde, insbesondere bei einer großen Zahl von Asylanträgen von Angehörigen der betreffenden Drittstaaten. Der Vorschlag der Kommission soll nun vom Ji-Rat am 9./10.06.2011 diskutiert werden.

[Pressemitteilung der Kommission:](#)

[http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110524/290/1\\_DE\\_ACT\\_part1\\_v3.pdf](http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110524/290/1_DE_ACT_part1_v3.pdf)

### **TRAN-AUSSCHUSS NIMMT BERICHT ZUR GRENZÜBERSCHREITENDEN VERFOLGUNG VON STRASSENVERKEHRSDELIKTEN AN**

Der EP-Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN) hat am 24.05.2011 einen Bericht zum Entwurf einer Richtlinie zur grenzüberschreitenden Verfolgung von Straßenverkehrsdelikten angenommen. Mit der Richtlinie soll der Austausch von Fahrzeug- und Halterdaten zwischen den Mitgliedstaaten bei bestimmten Verkehrsverstößen geregelt werden. Der Bericht folgt im Wesentlichen dem vom Rat zuvor mühsam ausgehandelten Kompromiss, verlangt im Gegenzug aber bestimmte Zugeständnisse wie gemeinsame Standards bei Kontrollen und der Verhängung von Bußgeldern. Das EP-Plenum wird sich im Juli in zweiter Lesung mit dem Bericht befassen.

### **TRAN-AUSSCHUSS STIMMT FREIWILLIGEM EINSATZ VON KÖRPERSCANNERN AN FLUGHÄFEN ZU**

Am 24.05.2011 hat sich der EP-Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN) entgegen seiner bisherigen Haltung für den Einsatz von Körperscannern auf Flughäfen ausgesprochen. Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte für den Entwurf eines Berichts zur Sicherheit der Luftfahrt unter besonderer



Berücksichtigung von Sicherheitsscannern, der für einen - für die Mitgliedstaaten und die Passagiere freiwilligen - Einsatz von Körperscannern an Flughäfen plädiert. Das EP-Plenum soll nun auf Grundlage des Berichts eine entsprechende Entschließung fassen, mit der die Kommission zu einem legislativen Tätigwerden aufgefordert werden soll.

### **EUGH SCHRÄNKT PFLICHT ZUR ANERKENNUNG VON FAHRERLAUBNISSEN EIN**

Der EuGH hat in einem Urteil vom 19.05.2011 (Rs. C-148/10) im Wege eines Vorabentscheidungsverfahrens entschieden, dass ein Mitgliedstaat die Anerkennung eines in einem anderen Mitgliedstaat erworbenen Führerscheins ablehnen kann, wenn feststeht, dass der Führerscheininhaber zum Zeitpunkt der Ausstellung nicht mindestens sechs Monate seinen ordentlichen Wohnsitz im betreffenden Mitgliedstaat hatte. Dies gilt auch dann, wenn es sich um eine Erstaussstellung einer Fahrerlaubnis handelt. Klägerin im Ausgangsverfahren war eine Deutsche mit Wohnsitz in Bayern, die in der Tschechischen Republik erstmalig eine Fahrerlaubnis erworben hatte.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&numaf=C-184/10&nomusuel=&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&alldocrec=alldocrec&docdecision=docdecision&docor=docor&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnorec=alldocnorec&docnoor=docnoor&docppoag=docppoag&radtypeord=on&newform=newform&docj=docj&docop=docop&docnoj=docnoj&typeord=ALL&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Rechercher>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

### **STAATSANGEHÖRIGKEITSVORBEHALT FÜR NOTARE VERSTÖSST GEGEN EU-RECHT**

Am 24.05.2011 hat der EuGH in mehreren verbundenen Rechtssachen (C-47/08, C-50/08, C-51/08, C-53/08, C-54/08, C-61/08 und C-52/08) entschieden, dass das Staatsangehörigkeitserfordernis für den Zugang zum Notarberuf eine nach EU-Recht verbotene Diskriminierung aufgrund der



Staatsangehörigkeit darstellt. Damit verstößt § 5 BNotO, der dies vorsieht, gegen Art. 49 AEUV und muss aufgehoben werden. Der Gerichtshof wies allerdings die zweite Rüge der Kommission zurück, wonach Deutschland auch dadurch gegen Europarecht verstoßen habe, dass es die Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen nicht auf Notare anwende. Insoweit sei deren Umsetzungspflicht zum maßgeblichen Entscheidungszeitpunkt nicht klar gewesen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-05/cp110050de.pdf>

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi->

[bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-54/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-54/08)

#### **WBF-RAT AM 30./31.05.2011 IN BRÜSSEL**

Im Mittelpunkt des WBF-Rat am 30./31.05.2011 stand aus rechtspolitischer Sicht die Beratung zum Abbau von Bilanzierungspflichten für Kleinunternehmen (d. h. Gesellschaften mit einem Jahresumsatz von maximal einer Million Euro, einer Bilanzsumme von maximal 500.000 € und einer Beschäftigtenzahl von höchstens zehn Personen). Das EP hatte schon im März 2010 mit sehr großer Mehrheit für den Vorschlag der Kommission gestimmt, Kleinunternehmen vom Anwendungsbereich der Vierten Richtlinie (78/660/EWG) über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen herauszunehmen. Am 30.05.2011 fand sich im Rat nun eine Mehrheit von Mitgliedstaaten, hier nur geringe Zugeständnisse zu machen. Mehrheitlich wurde beschlossen, lediglich einige Erleichterungen bei der Bilanzierung zuzugestehen, diese Kleinunternehmen aber nicht ganz von den Publizitätspflichten zu befreien. Darüber hinaus hat der Rat die Schwellenwerte halbiert – für den Jahresumsatz auf 500.000 € und für die Bilanzsumme auf 250.000 €. Es steht nunmehr die zweite Lesung an.

#### **MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR STÄRKUNG DER RECHTE DES GEISTIGEN EIGENTUMS – RICHTLINIE ZUR NUTZUNG VERWAISTER WERKE**

Am 24.05.2011 hat die Kommission ihre Mitteilung für ein Konzept für die Stärkung der Rechte des geistigen Eigentums („Ein Binnenmarkt für Rechte des geistigen Eigentums“) veröffentlicht. Ziel ist es, die bestehende Rechtssetzung



an die heutige Technologie anzupassen und gleichzeitig ein Gleichgewicht zwischen der Förderung von Innovationen und der Schaffung eines möglichst breiten Zugangs zu Produkten und Dienstleistungen des geistigen Eigentums herzustellen. Insgesamt schlägt die Kommission 19 Maßnahmen vor, mit denen sie dieses Ziel erreichen will. Ein gleichzeitig vorgelegter Richtlinienvorschlag über bestimmte zulässige Formen der Nutzung verwaister Werke will erreichen, dass eine Digitalisierung und eine Online-Verfügbarkeit solcher Werke erleichtert werden.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/copyright/docs/orphan-works/proposal\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/docs/orphan-works/proposal_de.pdf)

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/iprenforcement/docs/observatory/com\\_2011\\_288\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/iprenforcement/docs/observatory/com_2011_288_en.pdf)

#### **KOMMISSION PRÜFT EU-STAATSANWALTSCHAFT**

In einer am 26.05.2011 angenommenen Mitteilung hat die Kommission eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie Staatsanwälte und Gerichte in der EU wirksamer gegen Betrugsdelikte in Zusammenhang mit EU-Geldern vorgehen können. Dabei wird auch die Anwendung der gemeinsamen Regeln über Betrug und andere Straftaten im Zusammenhang mit EU-Geldern durch eine spezialisierte Europäische Staatsanwaltschaft geprüft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/644&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/reding/pdf/news/sec2011621f\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/reding/pdf/news/sec2011621f_en.pdf)

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/reding/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/reding/index_de.htm)

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/semeta/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/semeta/index_de.htm)

#### **FRAUEN IN DER UNTERNEHMENSLEITUNG**

Der EP-Ausschuss für die Rechte der Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter hat am 25.05.2011 den Entwurf einer Entschließung des EP über Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen angenommen. Darin werden die Initiativen von Mitgliedstaaten wie Frankreich, Spanien und den Niederlanden, in denen verbindliche Frauenquoten für die Führungsgremien von Unternehmen festgelegt wurden, begrüßt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE->



[458.776+02+DOC+PDF+V0//DE&language=DE](#)

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

### **BERICHT DES SONDERAUSSCHUSSES ZUM NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN (SURE-AUSSCHUSS)**

Der EP-Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen (SURE), der die Position des EP zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorbereitet, hat am 25.05.2011 seinen Bericht verabschiedet. Der SURE-Ausschuss fordert für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen eine Steigerung um mindestens 5 % im Vergleich zum Niveau des Jahres 2013. Die Mittel für die Regionalpolitik und die Agrarpolitik sollen auf dem gegenwärtigen Niveau bleiben. Steigerungen soll es insbesondere bei den Investitionen in die Energieinfrastruktur und bei der Forschung geben. Auf der Einnahmeseite spricht sich der Ausschuss für die Einführung von einem oder mehreren neuen originären Eigenmitteln der EU aus, um damit das gegenwärtige System mit seinen auf dem Bruttonationaleinkommen basierenden nationalen Beiträgen (sog. „BNE-Eigenmittel“) zu ersetzen. Im Plenum des EP ist für den 08.06.2011 eine Aussprache und für den 09.06.2011 die Abstimmung geplant. Die Kommission wird ihre Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen voraussichtlich am 29./30.06.2011 vorlegen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110523|IPR19950/html/EU-budget-2014-2020-freezing-is-not-an-option-new-income-sources-needed>

### **BERICHT DES ECON-AUSSCHUSSES DES EP ZUR ÜBERARBEITUNG DER EINLAGENSICHERUNGSRICHTLINIE**

Der EP-Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) hat am 24.05.2011 seinen Bericht zur Überarbeitung der Einlagensicherungsrichtlinie angenommen. Der Bericht des ECON-Ausschusses (Berichterstatter MdEP *Simon*, S&D, DEU) beinhaltet insbesondere auch für die Institutssicherungssysteme der Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Bausparkassen einige Verbesserungen gegenüber dem Kommissionsvorschlag. Auf Ratsebene sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Die ungarische Ratspräsidentschaft plant, das Thema am 20.06.2011 im ECOFIN-Rat zu behandeln. Anschließend könnten die Trilogverhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission beginnen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110523|IPR19959/html/>



[Deposit-guarantee-schemes-%E2%82%AC100000-for-all-through-different-types-of-systems](#)

### **BERICHT DES SONDERAUSSCHUSSES ZUR FINANZ-, WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKRISE IM EP (CRIS-AUSSCHUSS)**

Der EP-Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (CRIS) hat am 30.05.2011 seinen Bericht verabschiedet. Der Ausschuss spricht sich dafür aus, grenzüberschreitende Politikbereiche wie Energie und Verkehr verstärkt auf europäischer Ebene zu regeln und zu finanzieren. Hierzu soll der EU-Haushalt langfristig, d. h. für die Zeit nach 2020 auf fünf bis zehn Prozent des BIP der EU erhöht werden, was ganz grob das Fünf- bis Zehnfache des aktuellen Niveaus wäre. Der Sonderausschuss zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen ab 2014 ff. hat sich in seinem Bericht für eine Steigerung um mindestens 5 % im Vergleich zum Niveau des Jahres 2013 ausgesprochen. Im Plenum des EP wird über den Bericht des CRIS-Ausschusses voraussichtlich in der Plenarwoche vom 04. bis 07.07.2011 abgestimmt.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110530IPR20496/html/Invest-more-at-EU-level-to-counter-crises-says-Financial-Crisis-Committee>

### **DISKUSSION UM ZUKÜNFTIGE KOHÄSIONSPOLITIK: INFORMELLER REGIONALMINISTERRAT IN GÖDÖLLÖ UND ANNAHME DES BERICHTS ZUM 5. KOHÄSIONSBERICHT IM REGI-AUSSCHUSS DES EP**

Die Diskussionen über die zukünftige Kohäsionspolitik gehen weiter. Am 20.05.2011 kamen die Regionalminister der Mitgliedstaaten zu einem informellen Rat in Gödöllö (Ungarn) zusammen; Themenschwerpunkte waren Konditionalitäten und die Konzentration auf einige wenige Prioritäten. Einige Tage später, am 26.05.2011, stimmte der REGI-Ausschuss des EP über den Berichtsentwurf des Abgeordneten *Markus Pieper* (EVP, DEU) zum 5. Kohäsionsbericht ab, der sich ebenfalls mit der zukünftigen Ausgestaltung der Kohäsionspolitik beschäftigt (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://www.eu2011.hu/de/kohaesionspolitik-mitgliedsstaaten-mochten-messbare-ergebnisse>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20110527IPR20366+0+DOC+XML+V0//EN&language=DE>



### **KOMMISSION PRÜFT EU-STAATSANWALTSCHAFT**

In einer am 26.05.2011 angenommenen Mitteilung hat die Kommission eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie Staatsanwälte und Gerichte in der EU wirksamer gegen Betrugsdelikte in Zusammenhang mit EU-Geldern vorgehen können. Dabei wird auch die Anwendung der gemeinsamen Regeln über Betrug und andere Straftaten im Zusammenhang mit EU-Geldern durch eine spezialisierte Europäische Staatsanwaltschaft geprüft (s. auch Beitrag des StMJV in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/644&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-](http://ec.europa.eu/commission_2010-)

[2014/2014/2014/reding/pdf/news/sec2011621f\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/reding/pdf/news/sec2011621f_en.pdf)

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/reding/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/reding/index_de.htm)

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/semeta/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/semeta/index_de.htm)

### **WBF-RAT AM 30./31.05.2011 IN BRÜSSEL**

Im Mittelpunkt des WBF-Rat am 30./31.05.2011 stand aus rechtspolitischer Sicht die Beratung zum Abbau von Bilanzierungspflichten für Kleinunternehmen (d. h. Gesellschaften mit einem Jahresumsatz von maximal einer Million Euro, einer Bilanzsumme von maximal 500.000 € und einer Beschäftigtenzahl von höchstens zehn Personen). Das EP hatte schon im März 2010 mit sehr großer Mehrheit für den Vorschlag der Kommission gestimmt, Kleinunternehmen vom Anwendungsbereich der Vierten Richtlinie (78/660/EWG) über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen herauszunehmen. Am 30.5.2011 fand sich im Rat nun eine Mehrheit von Mitgliedstaaten, hier nur geringe Zugeständnisse zu machen. Mehrheitlich wurde beschlossen, lediglich einige Erleichterungen bei der Bilanzierung zuzugestehen, diese Kleinunternehmen aber nicht ganz von den Publizitätspflichten zu befreien. Darüber hinaus hat der Rat die Schwellenwerte halbiert - für den Jahresumsatz auf 500.000 € und für die Bilanzsumme auf 250.000 €. Es steht nunmehr die zweite Lesung an (s. auch Beitrag des StMJV in diesem EB).



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

**DISKUSSION UM ZUKÜNFTIGE KOHÄSIONSPOLITIK: INFORMELLER REGIONALMINISTERRAT IN GÖDÖLLÖ UND ANNAHME DES PIEPER-BERICHTS ZUM 5. KOHÄSIONSBERICHT IM REGI-AUSSCHUSS DES EP**

Die Diskussionen über die zukünftige Kohäsionspolitik gehen weiter. Am 20.05.2011 kamen die Regionalminister der Mitgliedstaaten zu einem informellen Rat in Gödöllö (Ungarn) zusammen; Themenschwerpunkte waren Konditionalitäten und die Konzentration auf einige wenige Prioritäten. Einige Tage später, am 26.05.2011, stimmte der REGI-Ausschuss des EP über den Berichtsentwurf des Abgeordneten *Dr. Markus Pieper* (EVP, DEU) zum 5. Kohäsionsbericht ab, der sich ebenfalls mit der zukünftigen Ausgestaltung der Kohäsionspolitik beschäftigt.

<http://www.eu2011.hu/de/kohaesionspolitik-mitgliedsstaaten-mochten-messbare-ergebnisse>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20110527IPR20366+0+DOC+XML+V0//EN&language=DE>

**BERICHT DES EP-SONDERAUSSCHUSSES ZUM NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN: SCHWERPUNKTE FÜR DEN GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT**

Der EP-Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen (SURE), der die Position des EP zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorbereitet, hat am 25.05.2011 den Bericht von *Salvador Garriga Polledo* (EVP, ESP) verabschiedet. Der SURE-Ausschuss fordert für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen eine Steigerung von mindestens 5 % gegenüber dem Niveau des Jahres 2013. Die Mittel für die Regionalpolitik und die Agrarpolitik sollen auf dem gegenwärtigen Niveau bleiben. Steigerungen soll es vor allem bei den Investitionen für Forschung und Innovation sowie in die Energie- und Verkehrsinfrastruktur geben. Auch große Flaggschiffvorhaben wie Galileo und ITER müssten mit ausreichenden Mitteln durchfinanziert werden. Potenzial für Einsparungen sieht der Ausschuss bei den Verwaltungsausgaben.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110523IPR19950/html/EU-budget-2014-2020-freezing-is-not-an-option-new-income-sources-needed>



### **KOMMISSION SCHLÄGT „NORMUNGSPAKET“ VOR**

Die Kommission hat am 01.06.2011 ein Paket von Maßnahmen zur Verbesserung der Normung und Standardsetzung in der EU vorgeschlagen. Es besteht aus einer Mitteilung, die einen strategischen Rahmen beschreibt und verschiedene nicht-legislative Maßnahmen ankündigt, und einem Vorschlag für eine neue Normungsverordnung. Sie soll bestehendes Recht zusammenführen und einen umfassenden rechtlichen Rahmen für die Normung schaffen. Dazu gehören Bestimmungen über die Zusammenarbeit zwischen nationalen und europäischen Normungsgremien und der Kommission, die Transparenz des Verfahrens samt der Beteiligung verschiedener Betroffener und die Finanzierung der Normung. Anders als bisher sollen auch Normen für Dienstleistungen in das europäische Normungssystem einbezogen werden. Ziel des Maßnahmenpakets ist die Beschleunigung europäischer Normung, nicht zuletzt um der europäischen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb einen Vorteil zu verschaffen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/668&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT VOM 30.-31.05.2011 – BÜROKRATIEABBAU, BINNENMARKT UND MITTELSTANDSPOLITIK**

Vom 30.-31.05.2011 tagte in Brüssel der Wettbewerbsrat (WBF). Auf der Tagesordnung standen neben Schlussfolgerungen zu den Kommissionspapieren „Single Market Act“ und „Small Business Act“ insbesondere wirtschaftsrelevante Justizthemen wie die Europäische Privatgesellschaft (EPG), eine Aussprache zum EU-Patent und der Bürokratieabbau für Kleinunternehmen durch Befreiungen von Rechnungslegungspflichten. Ebenso wurden Schlussfolgerungen zur EU-Weltraumstrategie verabschiedet.

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/intm/122359.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/intm/122359.pdf)

### **MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR STÄRKUNG DER RECHTE DES GEISTIGEN EIGENTUMS – RICHTLINIE ZUR NUTZUNG VERWAISTER WERKE**

Am 24.05.2011 hat die Kommission ihre Mitteilung für eine Strategie zur Stärkung der Rechte des geistigen Eigentums („Ein Binnenmarkt für Rechte des geistigen Eigentums“) veröffentlicht. Ziel ist es, die bestehende Rechtslage an



die heutige Technologie anzupassen und gleichzeitig ein Gleichgewicht zwischen der Förderung von Innovationen und der Schaffung eines möglichst breiten Zugangs zu Produkten und Dienstleistungen des geistigen Eigentums herzustellen. Insgesamt schlägt die Kommission 19 Maßnahmen vor. Dazu gehören u. a. die Schaffung eines einheitlichen EU-Patents (die entsprechenden Verordnungsvorschläge der Kommission liegen bereits vor, siehe EB 08/11), schärfere Maßnahmen gegen Produktpiraterie, eine Anpassung des Markenrechts an die Erfordernisse des Internet-Zeitalters und auch eine Überarbeitung der Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (Richtlinie 2004/48/EG). Gleichzeitig legte die Kommission zwei Entwürfe für konkrete Rechtsakte vor: Der Richtlinienvorschlag über bestimmte zulässige Formen der Nutzung verwaister Werke soll die Digitalisierung und Online-Verfügbarkeit solcher Werke erleichtern, ein Vorschlag zur Neufassung der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 die Möglichkeiten der Zollbehörden verbessern, gegen gefälschte Produkte vorzugehen (s. auch Beitrag des StMJV in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/630&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

### **EINIGUNG ZWISCHEN RAT UND EP ZUR EUROVIGNETTE**

Am Montag, den 23.05.2011, haben sich Unterhändler von Rat und EP auf einen Kompromiss zur Änderung der Wegekostenrichtlinie 1999/62/EG (auch als „Eurovignetten-Richtlinie“ bekannt) geeinigt. Dabei geht es um die Internalisierung externer Kosten - Lärm und Luftverschmutzung - bei der Mauterhebung für schwere Nutzfahrzeuge. Hauptstreitpunkt war die Zweckbindung der daraus resultierenden Einnahmen: Das EP verlangte eine Verwendung ausschließlich für den Ausbau eines nachhaltigen Verkehrssystems (s. EB 08/11), der Rat wollte keine Festlegung. Der Kompromisstext sieht nun eine nachdrückliche Empfehlung zur Mittelverwendung vor, aber im Grundsatz keine Rechtspflicht. Allerdings müssen die Mitgliedstaaten der Kommission regelmäßig über die Verwendung der Mittel berichten, wodurch der politische Druck der Empfehlung verstärkt werden soll. Ob Mitgliedstaaten eine Straßenmaut unter Einbeziehung externer Kosten überhaupt einführen wollen, bleibt jedoch ohnehin ihnen überlassen. Wenn sie sich dazu entschließen, muss die Maut jedoch den Vorgaben der Richtlinie entsprechen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM->



[PRESS+20110523IPR19954+0+DOC+XML+V0//EN&language=DE](#)

### **EU UND JAPAN EINIGEN SICH AUF VORBEREITUNG VON VERHANDLUNGEN ÜBER UMFASSENDES FREIHANDELSABKOMMEN**

Am 28.05.2011 fand in Brüssel der 20. EU-Japan Gipfel statt. Die EU war durch Ratspräsident *Van Rompuy* und Kommissionspräsident *Barroso* vertreten, Japan durch Premierminister *Naoto Kann*. Bei dem Treffen einigten sich die Beteiligten auf die Vorbereitung der Aufnahme von parallelen Verhandlungen über zwei verschiedene Abkommen: Ein umfassendes Freihandelsabkommen, das neben Zöllen unter anderem auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse erfassen soll, und ein Abkommen über politische Zusammenarbeit. Europäische Wirtschaftsvertreter warnten vor einem Abbau bestehender Zölle auf japanische Importe, etwa von PKW, wenn nicht zugleich die japanische Seite nicht-tarifäre Hemmnisse substantiell abbaue und den Beschaffungsmarkt für ausländische Unternehmen öffne.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/357&format=HTML&aged=%AC0&language=EN&guiLanguage=en>

### **ITRE-AUSSCHUSS DES EP FORDERT REGISTRIERUNGSPFLICHT FÜR STROM- UND GASHÄNDLER UND ANGLEICHUNG DER MINDESTSTRAFEN BEI INSIDERHANDEL**

Der Industrie- und Energieausschuss des EP (ITRE) hat am 26.05.2011 den Bericht von *Dr. Jorgos Chatzimarkakis* (ALDE, DEU) zum Verordnungsvorschlag der Kommission zur Transparenz der Strom- und Gas-Großhandelsmärkte (bekannt unter der Abkürzung REMIT) angenommen. Damit hat er zugleich dem Berichterstatter das Mandat für die Aufnahme von Trilogverhandlungen mit dem Rat erteilt. Das EP-Plenum soll im September über den Bericht abstimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20110526IPR20272+0+DOC+XML+V0//EN&language=DE>

### **EU-STRESSTESTS FÜR ATOMKRAFTWERKE AB 1. JUNI – TERRORASPEKTE WERDEN GESONDERT BEHANDELT**

Die Kommission und die Europäische Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit (ENSREG) haben sich am 24.05.2011 nach langen Verhandlungen auf Kriterien und Ablauf der sog. „Stresstests“ für Atomkraftwerke



(AKW) geeinigt. Ab 01.06.2011 können demnach die vom Europäischen Rat (ER) im Frühjahr beschlossenen Tests beginnen. Alle 143 Kernkraftwerke in der EU sollen auf die Auswirkungen von Naturkatastrophen und ihre Tauglichkeit bei Unfällen bzw. Störfällen mit menschlicher Ursache untersucht werden. Die Ergebnisse der freiwilligen Tests sollen öffentlich gemacht werden. Die Einigung auf einheitliche EU-Kriterien hatte sich verzögert, da vor allem Frankreich und das Vereinigte Königreich es ablehnten, Szenarien mit terroristischen Hintergrund (z. B. mutwillige Flugzeugabstürze) im Rahmen der Stress-tests zu behandeln. Die Prüfung dieser Aspekte soll nun in einer zweiten Stufe erfolgen; die Kommission und ENSREG bitten den Rat, eine neue Arbeitsgruppe einzusetzen, in der alle relevanten Behörden, einschließlich Sicherheitsbehörden, vertreten sind. Das neue Gremium soll die Prüfbedingungen für diese Art Zwischenfälle entwickeln (s. auch Beitrag des StMUG in diesem EB).  
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/640&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **KONSULTATION ZUR ZUKUNFT EUROPÄISCHER FORSCHUNGSFÖRDERUNG BEENDET: ÜBER 2.000 ANTWORTEN**

Die Konsultation Grünbuch zum künftigen Gemeinsamen Strategischen Rahmen für Forschung und Innovation ab 2014 (Grünbuch der Kommission vom 09.02.2011, s. EB 03/11) erbrachte bis zum Stichtag 20.05.2011 über 2.000 Antworten. Diese teilen sich in über 1300 ausgefüllte Online-Fragebögen und gut 700 Positionspapiere auf. Während Online-Fragebögen zu etwa zwei Dritteln von Einzelpersonen beantwortet wurden, stammen die Positionspapiere überwiegend von größeren Einrichtungen aus Wirtschaft und Wissenschaft. Zu etwas mehr als 10 % kommen sie aus Deutschland, einige davon aus Bayern (außer von Universitäten auch von Siemens und den Handwerkskammern für Mittelfranken sowie für München und Oberbayern). Alle Positionspapiere sind über das Internet abrufbar.

[http://ec.europa.eu/research/csfr/index\\_en.cfm?pg=responses](http://ec.europa.eu/research/csfr/index_en.cfm?pg=responses)

#### **EUGH-GENERALANWÄLTIN *KOKOTT*: BEI BEIHILFERECHTSWIDRIGEN BÜRGSCHAFTEN SIND DIE BÜRGSCHAFTSVERTRÄGE NICHT NICHTIG, ES SEI DENN DER BANK KOMMT DARAUS EIN EIGENER VORTEIL ZU**

Am 26.05.2011 hat EuGH-Generalanwältin *Kokott* ihre Schlussanträge im Fall *Residex* (Rechtssache C-275/10) zur Nichtigkeit beihilferechswidriger Bürg-



schaften (Verstoß gegen Durchführungsverbot nach Art. 108 Abs. 3 S.3 AEUV) veröffentlicht. Sie schlägt eine differenzierte Lösung vor: Enthält die Bürgschaft keine eigene Begünstigung der Bank, so soll der Bürgschaftsvertrag auch nicht nichtig sein. Die Bank könne hier also den öffentlichen Bürgen bei Ausfall des Darlehens aus der Bürgschaft in Anspruch nehmen. Werde dagegen die Bank selbst begünstigt (z. B. bei einer nachträglichen Besicherung eines „kritisch werdenden“ Darlehens), soll auch der Bürgschaftsvertrag nichtig sein. In diesem Falle trage also die Bank das Ausfallrisiko des Darlehensehmers.

Die Schlussanträge finden sich unter:

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Submit&numaff=C-275/10>

#### **NEUE KONSULTATIONEN: BERICHTSPFLICHTEN IM BEIHILFENRECHT UND ZUR INTERNATIONALISIERUNG VON KMU**

Die Kommission hat im Mai zwei weitere Konsultationen eingeleitet: Seit 20.05.2011 bittet sie um Stellungnahmen zu Änderungen der Berichtspflichten bei der Genehmigung von Beihilfemaßnahmen; Konsultationsende ist der 20.07.2011. Bereits seit 16.05.2011 können sich interessierte Kreise zu möglichen Maßnahmen äußern, die die Internationalisierung von KMU fördern sollen; die Konsultationsfrist läuft hier bis 12.07.2011.

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2011\\_reporting\\_obligations/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2011_reporting_obligations/index_en.html)

[http://ec.europa.eu/enterprise/policies/international/listening-stakeholders/public-consultation-sme-support/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/international/listening-stakeholders/public-consultation-sme-support/index_en.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

#### **STAATSMINISTER BRUNNER WIRBT IN BRÜSSEL FÜR BAYERISCHE POSITIONEN ZUR GAP NACH 2013**

Bei der Veranstaltung mit dem Thema „Die GAP bis 2013: Welcher Spielraum bleibt zukünftig für die ländliche Entwicklung?“ am 25.05.2011 in der Bayerischen Vertretung in Brüssel warb der Bayerische Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, *Helmut Brunner*, vor hochrangigen Vertretern der EU-Agrarpolitik für die bayerischen Positionen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013. Dabei forderte er ein angemessenes Agrarbudget im EU-Haushalt, die Beibehaltung des Zwei-Säulen-Modells der GAP und die Erhal-



tung regionaler Entscheidungsspielräume als Voraussetzung für die Akzeptanz in den Mitgliedstaaten und Regionen. *Brunner* betonte auch, dass er sich für einen spürbaren Bürokratieabbau einsetzen werde. Diese Positionen fanden weitgehend Zustimmung der anderen Redner und Diskutanten aus EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und Regionen. Bereits vor der Veranstaltung traf *Brunner* EU-Umweltkommissar *Janez Potočnik*. Dabei attestierte *Potočnik* Bayern eine vorbildliche Agrarumweltpolitik. Das geplante „Greening“, die Koppelung von Zahlungen an Umweltstandards, sahen beide Politiker als Chance zur Verbesserung der gesellschaftlichen Akzeptanz der GAP, auch für den Erhalt eines ungeschmäleren Agraretats. Sie waren sich darin einig, dass auch künftig freiwillige Maßnahmen vor rechtlichen Regelungen möglich sein müssten.

Rede von Staatsminister Brunner unter:

[http://www.stmelf.bayern.de/reden/2011/linkurl\\_0\\_13.pdf](http://www.stmelf.bayern.de/reden/2011/linkurl_0_13.pdf)

#### **EP-AGRARAUSSCHUSS: DESS-BERICHT ZUR GAP BIS 2020 ABGESTIMMT**

Der Agrarausschuss des EP hat am 25.05.2011 über den Bericht von MdEP *Albert Deß* zur Mitteilung der Kommission „Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bis 2020 - Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete - die künftigen Herausforderungen“ abgestimmt. Der Bericht wurde mit 40 Stimmen dafür, einer Gegenstimme und vier Enthaltungen angenommen. Die über 1.200 Änderungsanträge wurden im Vorfeld durch Abstimmungen zwischen den Abgeordneten auf etwa 60 Kompromiss-Änderungsanträge reduziert. Dieser fraktionsübergreifende Kompromiss sei ein klares Signal für Agrarkommissar *Cioloş*, die Legislativvorschläge an den Vorstellungen des EP auszurichten, so *Deß* nach der Abstimmung. Wesentliche Punkte im abgestimmten Bericht sind: (1) Eine Umweltkomponente, die zu 100 % gemeinschaftsfinanziert ist und eine Reihe von Bewirtschaftungsmaßnahmen enthält, (2) Direktzahlungen, die einem degressiven System unterliegen, das die Betriebsgröße, den Beitrag zum Umweltschutz und zur Schaffung von Arbeitsplätzen berücksichtigt. Der Bericht soll noch im Juni-Plenum 2011 abgestimmt werden.

Berichtsentwurf und Änderungsanträge unter:

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/draftReportsCom/comparlDossier.do?dossier=AGRI%2f7%2f04498&body=AGRI&language=DE>



## **EP-SURE-AUSSCHUSS FORDERT BEIBEHALTUNG DER HÖHE DES GAP-BUDGETS**

Der SURE-Ausschuss des EP („Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union nach 2013“) hat am 25.05.2011 einen Bericht zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen angenommen. Danach soll die Höhe des Budgets für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) im Haushaltsjahr 2013 auch für die folgende mehrjährige Finanzplanung beibehalten werden. Der 83-seitige Bericht „Investition in die Zukunft: Ein neuer mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) für ein wettbewerbsfähiges, nachhaltiges und integratives Europa“ des Abgeordneten *Salvador Garriga Polledo* (EVP/ESP) unterstreicht, dass die GAP darauf ausgerichtet sein sollte, zur Erreichung der Ziele der Europa 2020-Strategie beizutragen (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB).

Bericht unter:

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/reportsCom.do?language=DE&body=SURE>

## **EP-UMWELTAUSSCHUSS ZUR VERFÜTTERUNG VON VERARBEITETEM TIERISCHEN EIWEISS AN NICHTWIEDERKÄUER**

Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP sprach sich am 24.05.2011 dafür aus, das gegenwärtige Verbot des Verfütterns von verarbeitetem tierischen Eiweiß (VTE) an nicht wiederkäuende Tiere, wie Schweine und Geflügel, teilweise aufzuheben. Auch wenn die Zahl der Erkrankungen, die mit der Transmissiblen Spongiformen Enzephalopathie (TSE) in Verbindung stehen, innerhalb der EU abnimmt, sollten aber strikte Sicherheitsregeln weitergelten. Insbesondere soll Risikomaterial wie Talg, Gelatine und Collagen entfernt werden. „Es ist purer Luxus, dass wir Teile von Tieren wegwerfen, die wir zwar einerseits nicht essen wollen, die aber andererseits für den menschlichen Verzehr geeignet sind... Es ist heutzutage so, dass wir unsere Nicht-Wiederkäuer mit Soja-Proteinen aus den USA und Südamerika füttern“, diese seien jedoch sehr oft gentechnisch verändert, so die Berichterstatterin MdEP *Dagmar Roth-Behrendt* (S&D/DEU) in einem Interview nach der Abstimmung. Auch die Generaldirektion für Gesundheit und Verbraucherschutz (GD SANCO) bestätigte, dass die Kommission gegenwärtig Gespräche mit Mitgliedstaaten bezüglich der Überarbeitung der Fütterungsverbote führt, die darauf abzielen, bestimmtes VTE für Nicht-Wiederkäuer wieder



zuzulassen.

Berichtsentwurf und Änderungsanträge unter:

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/draftReportsCom/comparlDossier.do?dossier=ENVI%2f7%2f03854&body=ENVI&language=DE>

### **USA HEBEN STRAFZÖLLE AUF EU-PRODUKTE IM STREIT UM HORMONBEHANDELTES RINDFLEISCH AUF**

Am 27.05.2011 wurde von einem US-Handelsvertreter mitgeteilt, dass die im Hormonstreit erlassenen, verbliebenen Strafzölle auf EU-Produkte vorzeitig aufgehoben werden. Diese waren nach dem Importverbot für hormonbehandeltes Rindfleisch in die EU erlassen worden. Davon betroffen sind Schweinefleisch- und Rindfleischprodukte aber auch Spezialitäten wie Roquefort-Käse, Schokoladen, Himbeerkonfitüre und Fruchtsäfte. Diese Produkte werden in den USA nun deutlich günstiger. Der Handelsstreit war bereits im Mai 2009 beigelegt worden. Dabei wurde im Gegenzug zu einem schrittweisen Abbau der Strafzölle (um 68 % bis 2012) eine EU-Marktöffnung für wachstumshormonfreies US-Rindfleisch (20.000 t zollfrei) vereinbart. Der vollständige Abbau der Strafzölle war erst für das zweite Halbjahr 2012, bei gleichzeitiger Erhöhung des zollfreien EU-Handelskontingents auf 45.000 t, vorgesehen. Ausschlaggebend für das einseitige Entgegenkommen der USA scheint ein inner-amerikanischer Gerichtsstreit mit einem Importeur zu sein, den die US-Regierung verlor. Ferner könnten sich die USA auch ein Entgegenkommen der EU bei der Zulassung der antimikrobiellen Behandlung von Rindfleisch mit Milchsäure wünschen. Dazu wird die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) im Laufe der nächsten Monate ihre Meinung mitteilen. Sprecher der Generaldirektionen für Handel und für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung begrüßten in einer gemeinsamen Stellungnahme die Vereinfachungen im transatlantischen Handel als sehr positives Signal. Die EU werde die bisherigen Abmachungen in vollem Umfang einhalten.

Offizielle Mitteilung der USA unter:

<http://www.gpo.gov/fdsys/pkg/FR-2011-05-27/pdf/2011-13282.pdf>

### **KOMMISSION KLAGT GEGEN FRANKREICH UND TSCHECHIEN**

Am 19.05.2011 verklagte die EU-Kommission Frankreich vor dem Gerichtshof der EU (EuGH), weil nationale Maßnahmen, die den Handel mit Schaf- und Ziegenmilch und daraus gewonnene Erzeugnisse behindern, nicht widerrufen



wurden. Frankreich weigert sich, die Verordnung (EG) Nr. 103/2009 anzuwenden und argumentiert, dass die EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der Traberkrankheit (Scrapie) nicht vollständig seien und es deshalb eigene nationale Vorschriften erlassen musste. Ebenfalls am 19.05.2011 verklagte die EU-Kommission die Tschechische Republik vor dem EuGH, weil sie den EU-Vorschriften über Biozid-Produkte nicht nachgekommen ist. Trotz wiederholter Aufforderungen hat die Tschechische Republik den Stoff Acrolein bisher nicht auf ihre nationale Liste der Wirkstoffe gesetzt, die unter die Biozid-Vorschriften fallen. Auf Empfehlung des EU-Umweltkommissars *Potočnik* verweist die Kommission den Fall daher nun erneut an den EuGH.

Weitere Informationen zur Klage gegen Frankreich:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/601&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Informationen zur Klage gegen die Tschechische Republik:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/591&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **ERWEITERTE KONTROLLEN FÜR DIE EINFUHR VON WAREN AUS JAPAN**

Mit Änderungsverordnung (EU) Nr. 506/2011 vom 23.05.2011 hat die Kommission die nach dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima am 11.03.2011 in der Verordnung (EU) Nr. 297/2011 festgelegten strengen Kontrollen für aus Japan stammende Lebens- und Futtermittel erweitert. Zu den zwölf Präfekturen, die die Zone bilden, in der sämtliche Lebens- und Futtermittel, die von dort stammen vor ihrer Ausfuhr in die EU auf ihren radioaktiven Gehalt geprüft werden müssen, wurde die Provinz Kanagawa hinzugefügt. Grund dafür ist, dass japanische Behörden in Blättern von grünem Tee aus der Präfektur Kanagawa einen hohen Gehalt an radioaktivem Caesium festgestellt hatten (570 - 780 Bq/kg), der den derzeit zulässigen Höchstwert (500 Bq/kg) überschreitet. Außerdem wurde die Geltungsdauer der Verordnung (EU) Nr. 297/2011 und damit der Sonderkontrollen vom ehemals 30.06.2011 auf den 30.09.2011 verlängert. Die monatliche Überprüfung der in der Verordnung festgesetzten Maßnahmen findet weiterhin statt (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:136:0052:0055:DE:PD>



## E

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

### **AUSSERORDENTLICHER BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALMINISTER- RAT AM 19.05.2011 IN BRÜSSEL: SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUR INTEG- RATION VON ROMA**

Gegenstand der außerordentlichen Sitzung des Rates für Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz am 19.05.2011 in Brüssel bildete der „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma“. Neben einer Präsentation der Kommission führten die Minister einen Gedankenaustausch und nahmen Schlussfolgerungen an.

<http://www.eu2011.hu/event/employment-social-policy-health-and-consumer-affairs-council-0>

### **RAT „BILDUNG, JUGEND, KULTUR“ AM 19./20.05.2011 IN BRÜSSEL: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS**

Der Rat „Bildung, Jugend, Kultur“, der am 19./20.05.2011 in Brüssel tagte, hat u.a. eine EntschlieÙung über den strukturierten Dialog mit jungen Menschen über die Jugendbeschäftigung sowie Schlussfolgerungen zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung angenommen. Zudem führten die Minister eine Orientierungsaussprache zur Freiwilligentätigkeit junger Menschen als Beitrag zur Entwicklung der örtlichen Gemeinschaften.

<http://www.eu2011.hu/news/council-decides-european-heritage-label>

### **EUROSTAT: ARBEITSLOSENQUOTE LAG IM APRIL 2011 IM EURORAUM UNVERÄNDERT GEGENÜBER DEM VORMONAT BEI 9,9 PROZENT**

Nach Angaben der EU-Statistikbehörde lag im April 2011 die saisonbereinigte Arbeitslosenquote bei 9,9 % und blieb damit unverändert gegenüber dem Vormonat. Im Vorjahresmonat wurde sie auf 10,2 % beziffert. Für die gesamte EU wurde eine Arbeitslosenquote von 9,4 % verzeichnet (April 2010: 9,7 %). Die niedrigsten Arbeitslosenquoten berichtete Eurostat für die Niederlande und Österreich mit jeweils 4,2 % sowie Luxemburg mit 4,5 %. Deutschland folgt in dieser Statistik mit 6,1 % auf dem vierten Rang. Den höchsten Wert verzeichnete Spanien mit 20,7 %.



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/76&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **BISPHENOL A: VERBOT VON SÄUGLINGSFLASCHEN AM 01.06.2011 IN KRAFT GETRETEN**

Am 01.06.2011 ist in der EU das Verbot in Kraft getreten, Säuglingsflaschen, die Bisphenol A (BPA) enthalten, auf den Markt zu bringen oder zu importieren. Dieses Verbot sieht die EU-Richtlinie 2011/8/EU vor, die im Januar 2011 angenommen wurde. Nach Angaben der Kommission hat die Industrie Säuglingsflaschen, die BPA enthalten, bereits freiwillig vom Markt genommen. Die Herstellung von Säuglingsflaschen, die BPA enthalten, hat die EU am 01.03.2011 untersagt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/664&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **EUROPÄISCHER QUALIFIKATIONSRAHMEN (EQR): KOMMISSION STELLT NEUES INTERNET-PORTAL VOR**

Die Kommission hat anlässlich einer Konferenz der ungarischen Ratspräsidentschaft am 25./26.05.2011 in Budapest ein neues Internet-Portal zum Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) für lebenslanges Lernen gestartet. Das Portal ist Teil der EU-Initiative, um national erworbene Qualifikationen transparenter in Europa zu machen, die Mobilität von Beschäftigten und Lernenden sowie das lebenslange Lernen zu fördern. Bis 2012 soll das derzeit nur auf Englisch abzurufende Portal in 27 Sprachen verfügbar sein.

[http://ec.europa.eu/egf/home\\_de.htm](http://ec.europa.eu/egf/home_de.htm)

### **EP-AUSSCHUSS FÜR DIE RECHTE DER FRAU UND GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER: BERICHT FRAUEN IN DER UNTERNEHMENSLEITUNG**

Der EP-Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter hat am 25.05.2011 den Entwurf einer Entschließung des EP über Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen angenommen. Darin werden die Initiativen von Mitgliedstaaten wie Frankreich, Spanien und den Niederlanden, in denen verbindliche Frauenquoten für die Führungsgremien von Unternehmen festgelegt wurden, begrüßt. Die Kommission wird aufgefordert, für den Fall, dass die Maßnahmen, die die Unternehmen und die Mitgliedstaaten von sich aus getrof-



fen haben, nicht ausreichen, über konkrete Maßnahmen zur Steigerung der Repräsentanz von Frauen in den Führungsgremien der Unternehmen nachzudenken und dabei den Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten sowie den wirtschaftlichen, strukturellen (Unternehmensgröße), juristischen und regionalen Besonderheiten der Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen.

Berichterstatte *Rodi Kratsa-Tsagaropoulou* (EVP/GRC) machte bei der Vorstellung des Entwurfs deutlich, dass sehr große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestehen. So hätten einige Mitgliedstaaten gesetzliche Regelungen eingeführt oder seien dabei, in anderen werde das Thema nicht einmal diskutiert. Ziel ist nicht nur, die Anzahl der Frauen in Führungspositionen europaweit zu erhöhen, sondern auch die Bewerbungsverfahren transparenter zu machen. Das Plenum soll am 04.07.2011 über den Bericht abstimmen.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-  
//EP//NONSGML+COMPARL+PE-  
458.776+02+DOC+PDF+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-458.776+02+DOC+PDF+V0//DE&language=DE)

#### **KOMMISSION: VORSCHLÄGE FÜR BENCHMARKS ZUR BESCHÄFTIGUNGSFÄHIGKEIT UND ZUR MOBILITÄT ZU LERNZWECKEN VORGELEGT**

Im Rahmen eines Ende Mai veröffentlichten Arbeitspapiers schlägt die Kommission vor, Benchmarks zur Beschäftigungsfähigkeit sowie zur Mobilität zu Lernzwecken einzuführen und dadurch die schon existierende Reihe bildungspolitischer Benchmarks zu ergänzen. Diese Vorschläge sollen während der am 01.07.2011 beginnenden polnischen Präsidentschaft diskutiert und anschließend vom EU-Bildungsministerrat beschlossen werden. Als mögliches Ziel für die Beschäftigungsfähigkeit schlägt die Kommission vor, bis 2020 die Beschäftigungsquote der 20-34-Jährigen, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, um mindestens fünf Prozentpunkte zu steigern; die Beschäftigungsquote solle sich hierfür aus einem Durchschnitt der Beschäftigungsquoten ein, zwei und drei Jahre nach Abschluss der Ausbildung errechnen. Dabei solle zugleich nach der Höhe des Bildungsabschlusses differenziert werden (s. auch Beitrag des StMUK in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/sec670\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/sec670_en.pdf)



### **MASSNAHMENPAKET FÜR BESSERE STEUERUNG DER MIGRATIONS- STRÖME AUS DEM SÜDLICHEN MITTELMEERRAUM VORGESTELLT**

Die Kommission hat in einer Mitteilung vom 24.05.2011 einen Maßnahmenplan zur Bewältigung der Folgen der Umbrüche in Nordafrika vorgestellt. In dem Dokument, das die Mitteilung vom 04.05.2011 ergänzen soll, schlägt die Kommission einen „Dialog mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraums über Migration, Mobilität und Sicherheit“ vor. In der Mitteilung werden sowohl kurz- als auch langfristige Maßnahmen aufgezählt, um die Situation für die Bürger der betreffenden Länder zu verbessern und die Auswirkungen der Ereignisse auf die EU-Mitgliedstaaten steuern zu können. Insbesondere schlägt die Kommission Mobilitätspartnerschaften mit den betreffenden Staaten vor. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen von den EU-Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat (ER) am 24.06.2011 diskutiert werden (s. auch Beitrag des StMI in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110524/292/1\\_DE\\_ACT\\_part1\\_v2.pdf](http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110524/292/1_DE_ACT_part1_v2.pdf)

### **KOMMISSION LEGT JAHRESBERICHT ÜBER EINWANDERUNG UND ASYL 2010 VOR**

Am 24.05.2011 hat die Kommission ihren Jahresbericht über Einwanderung und Asyl 2010 vorgelegt. Darin werden die Entwicklungen bei der Umsetzung des Paktes für Einwanderung und Asyl von 2008 und die diesbezüglichen Prioritäten des Stockholmer Programms von 2009 auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten zusammengefasst und bewertet, sowie Empfehlungen für künftige Maßnahmen formuliert. Insbesondere befasst sich der Bericht mit Fragen der legalen und illegalen Migration, sowie mit dem System der Grenzkontrollen an den Außengrenzen der EU (s. auch Beitrag des StMI in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110524/291/1\\_DE\\_ACT\\_part1\\_v2.pdf](http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110524/291/1_DE_ACT_part1_v2.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

### **ERGEBNISSE DES BILDUNGSMINISTERRATES AM 20.05.2011**

Die europäischen Bildungsminister haben im Rahmen ihrer Tagung am 20.05.2011 unter ungarischem Vorsitz eine Empfehlung für politische Strategien zur Senkung der Schulabbrecherquote, eine Empfehlung zur Förderung



der Mobilität junger Menschen im Rahmen der EU-Leininitiative „Jugend in Bewegung“ sowie Ratsschlussfolgerungen zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung angenommen. Zudem haben die Bildungsminister eine Aussprache zur Bekämpfung des Schulabbruchs von Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen geführt. Zuletzt stellte Polen das Programm seiner am 01.07.2011 beginnenden Präsidentschaft vor. Neben der Förderung der östlichen Partnerschaft nannte Polen die neue Generation der EU-Bildungsprogramme nach 2013, die Entwicklung von Benchmarks für die Mobilität zu Lernzwecken, die Modernisierung der Hochschulbildung, die Erwachsenenbildung sowie die Anerkennung nicht-formalen Lernens als Schwerpunkte seiner künftigen Ratspräsidentschaft.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09423.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09036.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09424.de11.pdf>

#### **ERGEBNISSE DES JUGENDMINISTERRATES AM 19.05.2011**

Am Vortag des Bildungsministerrates haben die europäischen Jugendminister eine Entschließung über die Beteiligung von Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa sowie eine Entschließung über den strukturierten Dialog mit jungen Menschen über die Jugendbeschäftigung angenommen; in diesem Zusammenhang gab der ungarische Vorsitz einen Überblick über die Ergebnisse des ersten Zyklus des strukturierten Dialogs (vgl. EB 09/11). Anschließend führten die Jugendminister eine Orientierungsaussprache zur Freiwilligentätigkeit junger Menschen als Beitrag zur Entwicklung der örtlichen Gemeinschaften.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st08/st08064.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09048.de11.pdf>

#### **ERGEBNISSE DES SPORTMINISTERRATES AM 20.05.2011**

Im Anschluss an den Bildungsministerrat haben die europäischen Sportminister eine Entschließung zu einem EU-Arbeitsplan für den Sport angenommen und eine Orientierungsaussprache zu sportbezogenen Aspekten von Online-Wetten geführt.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09509-re01.de11.pdf>



### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ERGEBNISSE DER KONSULTATION ZUR ZUKUNFT DER EU-BILDUNGSPROGRAMME UND DES EU-JUGENDPROGRAMMS NACH 2013**

Nachdem die Kommission im September 2010 Konsultationen zur Zukunft der EU-Bildungs- und EU-Jugendprogramme nach 2013 eingeleitet hatte, wurden nun die Ergebnisse der zahlreichen Rückmeldungen veröffentlicht. Mehr als 8.700 Antworten gingen bei der Kommission ein, wovon knapp 6.800 Stellungnahmen die künftige Ausgestaltung des Jugendprogramms betrafen. Die Ergebnisse der Auswertung sollen in die Kommissionsvorschläge für die Zukunft der Programme einfließen, die für Herbst 2011 angekündigt sind.

[http://ec.europa.eu/dgs/education\\_culture/consult/llp/report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/consult/llp/report_en.pdf)

[http://ec.europa.eu/dgs/education\\_culture/consult/via/report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/consult/via/report_en.pdf)

### **KOMMISSION LEGT VORSCHLÄGE FÜR BENCHMARKS ZUR BESCHÄFTIGUNGSFÄHIGKEIT UND ZUR MOBILITÄT ZU LERNZWECKEN VOR**

Im Rahmen eines Ende Mai veröffentlichten Arbeitspapiers schlägt die Kommission vor, Benchmarks zur Beschäftigungsfähigkeit sowie zur Mobilität zu Lernzwecken einzuführen und dadurch die schon existierende Reihe bildungspolitischer Benchmarks zu ergänzen; diese Vorschläge sollen während der am 01.07.2011 beginnenden polnischen Präsidentschaft diskutiert und anschließend vom EU-Bildungsministerrat beschlossen werden.

[http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/sec670\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/sec670_en.pdf)

### **KOMMISSION SCHALTET NEUES INTERNET-PORTAL ZUM EUROPÄISCHEN QUALIFIKATIONSRAHMEN FREI**

Anlässlich einer Konferenz zum Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR), die von der ungarischen Präsidentschaft am 25./26.05.2011 in Budapest veranstaltet worden ist, schaltete die Kommission ein neues Internet-Portal zum EQR frei. Das Portal steht derzeit nur auf Englisch zur Verfügung, soll aber bis 2012 schrittweise in 27 Sprachen übersetzt werden.

[http://ec.europa.eu/eqf/home\\_de.htm](http://ec.europa.eu/eqf/home_de.htm)

### **DIALOG ZWISCHEN EU UND GLAUBENSGEMEINSCHAFTEN: HOCHRANGIGE VERTRETER DISKUTIEREN ÜBER DEMOKRATISCHE RECHTE UND FREIHEITEN**

Etwa zwanzig hochrangige Vertreter aus Christentum, Judentum, Islam und



buddhistischen Religionsgemeinschaften trafen sich Ende Mai in Brüssel mit Kommissionspräsident *José Manuel Barroso*, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments *Jerzy Buzek* und dem Präsidenten des Europäischen Rates *Herman Van Rompuy*, um gemeinsam über die Wahrung der Grundrechte und Grundfreiheiten im Rahmen einer Partnerschaft für Demokratie und Wohlstand zwischen Europa und seinen Nachbarn zu diskutieren.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

#### **EU-KULTURMINISTERRAT AM 19.05.2011**

Der Kulturministerrat, an dem als Vertreter des Bundesrates Staatsminister *Dr. Heubisch* teilnahm, traf in seiner formellen Sitzung am 19.05.2011 nur eine Entscheidung, die konkrete Auswirkungen entfaltet: Nach jahrelangen Verhandlungen konnte eine politische Einigung zum Vorschlag eines Europäischen Kulturerbesiegels getroffen werden. Der Rat ernannte des Weiteren die Stadt Pilsen, Tschechische Republik, zur Kulturhauptstadt Europas 2015 und nahm Schlussfolgerungen zum Beitrag der Kultur zur Umsetzung der Strategie Europa 2020 an. Darüber hinaus tauschten die Delegationen Meinungen zu mobilitätsspezifischen Informationsdiensten für Künstler und Kulturschaffende aus und nahmen zu diesem Thema ebenfalls Ratsschlussfolgerungen an. Der inhaltlich bedeutsamste Punkt war Gesprächsgegenstand beim Mittagessen, bei dem informell die Zukunft der Programme Kultur und MEDIA ab 2014 besprochen wurde. Der deutsche Delegationsleiter, Staatsminister *Neumann*, sprach sich dabei sowohl für die weitere Eigenständigkeit als auch für die Beibehaltung der bisherigen finanziellen Ausstattung der beiden Programme aus und wurde darin von den anderen Delegationen unterstützt.

Kulturerbesiegel:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09213.de11.pdf>

Ratsschlussfolgerungen zum Beitrag der Kultur zur Umsetzung der Strategie Europa 2020:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09057.de11.pdf>

Ratsschlussfolgerungen zu mobilitätsspezifischen Informationsdiensten für Künstler und Kulturschaffende:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09058-co01re01.de11.pdf>



## **KONSULTATION ZUR ZUKUNFT EUROPÄISCHER FORSCHUNGSFÖRDERUNG BEENDET: ÜBER 2.000 ANTWORTEN**

Die Konsultation zum von der Kommission am 09.02.2011 vorgelegten Grünbuch zum künftigen Gemeinsamen Strategischen Rahmen für Forschung und Innovation ab 2014 (EB 03/11) erbrachte bis zum Stichtag, 20.05.2011, über 2.000 Antworten. Diese teilen sich auf über 1.300 ausgefüllte Online-Fragebögen und über 700 Positionspapiere auf. Während bei den Online-Fragebögen auch eine beträchtliche Zahl von Einzelpersonen geantwortet hat - laut einer Zwischenstandsmeldung der Kommission von Anfang Mai etwa zwei Drittel der Antworten - stammen letztgenannte Stellungnahmen überwiegend von größeren Einrichtungen aus Wirtschaft und Wissenschaft. Knapp 90, also mehr als 10 %, dieser Positionspapiere kommen aus Deutschland. Aus Bayern liegen Papiere u. a. von Unibay e.V. (gemeinsam mit der Landesrektorenkonferenz Baden-Württemberg), von den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Passau, der Stiftung Lindauer Nobelpreisträger tagungen sowie aus der Wirtschaft von Siemens und den Handwerkskammern für Mittelfranken sowie für München und Oberbayern vor. Alle Positionspapiere sind über das Internet abrufbar.

Überblick über Rückmeldungen der Konsultation:

[http://ec.europa.eu/research/csfr/index\\_en.cfm?pg=responses](http://ec.europa.eu/research/csfr/index_en.cfm?pg=responses)

## **ERGEBNISSE DES BILDUNGSMINISTERRATS AM 20.05.2011**

Die europäischen Bildungsminister haben im Rahmen ihrer Tagung am 20.05.2011 unter ungarischem Vorsitz u. a. eine Empfehlung zur Förderung der Mobilität junger Menschen angenommen. Zum Tagungsabschluss stellte Polen das Programm seiner am 01.07.2011 beginnenden Präsidentschaft vor: Neben der Förderung der Östlichen Partnerschaft nannte Polen die neue Generation der EU-Bildungsprogramme nach 2013, die Entwicklung von Benchmarks für die Mobilität zu Lernzwecken, die Modernisierung der Hochschulbildung, die Erwachsenenbildung sowie die Anerkennung nicht-formalen Lernens als Schwerpunkte seiner künftigen Ratspräsidentschaft.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09036.de11.pdf>

## **KOMMISSION LEGT VORSCHLÄGE FÜR BENCHMARKS ZUR BESCHÄFTIGUNGS-FÄHIGKEIT UND ZUR MOBILITÄT ZU LERNZWECKEN VOR**

In einem Ende Mai 2011 veröffentlichten Arbeitspapier schlägt die Kommission



vor, Benchmarks zur Beschäftigungsfähigkeit sowie zur Mobilität zu Lernzwecken einzuführen und dadurch die schon existierende Reihe bildungspolitischer Benchmarks zu ergänzen; diese Vorschläge sollen während der am 01.07.2011 beginnenden polnischen Präsidentschaft diskutiert und anschließend vom EU-Bildungsministerrat beschlossen werden.

[http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/sec670\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/sec670_en.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

### **EU-STRESSTESTS FÜR ATOMKRAFTWERKE AB 01.06.2011 – TERRORASPEKTE WERDEN GESONDERT BEHANDELT**

Die Kommission und die Europäische Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit (ENSREG) haben sich am 24.05.2011 nach langen Verhandlungen auf Kriterien und Ablauf der sogenannten Stresstests für Atomkraftwerke (AKW) geeinigt. Ab 01.06.2011 können demnach die von allen EU-Staats- und Regierungschefs auf dem Frühjahrsgipfeltreffen in Brüssel Ende März beschlossenen Tests beginnen (s. EB 06/10 und 07/10). Alle 143 Kernkraftwerke in der EU werden dann auf die Auswirkungen von Naturkatastrophen und ihre Tauglichkeit bei Unfällen bzw. Störfällen mit menschlicher Ursache untersucht. Die Ergebnisse der freiwilligen Tests sollen öffentlich gemacht werden. Die Einigung auf einheitliche EU-Kriterien hatte sich verzögert, da es vor allem seitens der Mitgliedstaaten Frankreich und Vereinigtes Königreich abgelehnt worden war, Szenarien mit terroristischem Hintergrund (z. B. mutwillige Flugzeugabstürze) im Rahmen der Stresstests zu behandeln.

[http://ec.europa.eu/energy/nuclear/safety/stress\\_tests\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/nuclear/safety/stress_tests_en.htm)

### **„GREEN WEEK“ IN BRÜSSEL – EUROPAS GRÖSSTE UMWELTKONFERENZ**

Vom 24.-27.05.2011 hat die Kommission zum elften Mal Europas größte jährliche Umweltkonferenz, die „Green Week“, in Brüssel veranstaltet. Das diesjährige Thema „Ressourceneffizienz - weniger verbrauchen und besser leben“ spiegelt die Ziele der Strategie „Europa 2020“ wieder, mit der der Übergang zu einer ressourceneffizienten Wirtschaft mit niedrigen CO<sub>2</sub>-Emissionen angestrebt wird, um nachhaltiges Wachstum zu fördern.

<http://www.greenweek2011.eu/>



### **BERICHTE ZUR RESSOURCENEFFIZIENZ VORGESTELLT**

Die Kommission und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP haben zu einem radikalen Umdenken bei der Nutzung natürlicher Ressourcen aufgerufen und dazu bei der „Green Week“ (s. gesonderten Beitrag in diesem EB) am 26.05.2011 gemeinsam zwei UNEP Berichte vorgestellt. Beide Berichte sowie die Ergebnisse der „Green Week“ sollen die Basis eines Fahrplans der Kommission für ein ressourceneffizientes Europa (EB 03/11) bilden.

<http://www.unep.org/resourcepanel/Publications/tabid/54044/Default.aspx>

### **NEUE KARTEN ZUR SCHADSTOFFFREISETZUNG IM INTERNET**

Am 26.05.2011 hat die Kommission gemeinsam mit der Europäischen Umweltagentur (EUA) und dem internen wissenschaftlichen Dienst der Kommission Karten zu diffusen Quellen von Luftverschmutzung ins Internet gestellt. Der neue Satz von 32 Karten zeigt, wo bestimmte Schadstoffe wie Stickoxide und Feinstaub freigesetzt werden und ergänzt bestehende Datensätze zu Emissionen aus einzelnen Industrieanlagen im Europäischen Register zur Erfassung der Freisetzung und Übertragung von Schadstoffen (E-PRTR).

<http://prtr.ec.europa.eu/DiffuseSourcesAir.aspx>

### **RAT NIMMT NEUE REGELUNGEN ZUR VERBESSERUNG DES SCHUTZES VOR GEFÄLSCHTEN ARZNEIMITTELN AN**

Der Rat der EU hat am 27.05.2011 ohne Aussprache die Richtlinie zur Verhinderung des Eindringens von gefälschten Arzneimitteln in die legale Lieferkette formal angenommen. Bereits im Februar dieses Jahres hatte das Europäische Parlament (EP) die neuen Vorschriften in erster Lesung befürwortet, nachdem über deren Inhalt zuvor eine Einigung mit dem Rat erzielt worden war (EB 04/11). Vor dem Hintergrund des weltweit wachsenden illegalen Geschäfts mit gefälschten Arzneimitteln führt die Richtlinie europaweit harmonisierte Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen ein, die es erleichtern sollen, gefälschte Arzneimittel zu erkennen und Kontrollen zu verbessern, um Patienten vor der zunehmenden Gefahr gefälschter Medikamente zu schützen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/122248.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/122248.pdf)



## **EHEC-ERKRANKUNGEN IN DEUTSCHLAND UND ANDEREN MITGLIEDSTAATEN**

Am 22.05.2011 informierten deutsche Behörden die Kommission über die erheblich wachsende Anzahl von Patienten, die sich mit EHEC-Erregern infiziert hatten. EHEC (enterohämorrhagische Escherichia coli) sind eine Sonderform von Kolibakterien, die Krankheitserscheinungen in Form von Übelkeit und Erbrechen bis zu blutigen Durchfällen, Gefäßschädigungen und schweren Nierenfunktionsstörungen (sog. HUS = hämolytisch-urämisches Syndrom) verursachen können. Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat im Auftrag der Kommission am 25./27.05.2011 eine Risikoanalyse veröffentlicht, aus welcher hervorgeht, dass die meisten Erkrankungen Menschen in Norddeutschland betreffen sowie Deutsche, die in anderen Mitgliedstaaten auf Reisen sind und Personen, die kürzlich Deutschland besucht haben. Mit HUS-Symptomen erkrankt seien größtenteils Erwachsene (87 %) und nicht wie üblich Kinder unter fünf Jahren sowie mehr Frauen (68 %) als Männer. Neben Deutschland mit mehreren Todesfällen sind auch aus Schweden (ein Todesfall), Dänemark, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden, Frankreich, Spanien und aus Österreich EHEC-Infektionen einschließlich HUS-Fälle gemeldet worden (Stand: 31.05.2011). Insgesamt sei dieser EHEC-Ausbruch einer der größten, über die bisher weltweit berichtet worden ist, sowie der größte, der je in Deutschland vorgekommen ist.

Informationsseite der Kommission:

[http://ec.europa.eu/food/food/coli\\_outbreak\\_germany\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/food/coli_outbreak_germany_en.htm)

Erklärung der Mitgliedstaaten:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/367&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

## **EUROPÄISCHE WOCHE GEGEN KREBS 2011**

Anlässlich der Wiedereinführung der Europäischen Woche gegen Krebs unter Federführung der Vereinigung der Europäischen Krebsbündnisse fand in Zusammenarbeit mit der Europäischen Partnerschaft zur Krebsbekämpfung am 25./26.05.2011 in Brüssel eine Konferenz über gesunde Lebensführung sowie ein wissenschaftliches Seminar zur Krebsprävention statt. Daran nahmen u. a. Vertreter der Kommission, des EP, der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)



und der Industrie teil, die über Prävention und dabei insbesondere über Alkohol- und Tabakkonsum, Übergewicht, Ernährung und sportliche Betätigung diskutierten. Schätzungsweise könnten ungefähr ein Drittel aller Krebsfälle vermieden werden, wenn die Menschen gesünder leben würden, so auch der Präsident des Europäischen Rates, *Herman van Rompuy*, am Rande der Konferenz.

Europäische Woche gegen Krebs 2011:

<http://www.europeancancerleagues.eu/cancer-in-europe/european-week-against-cancer.html>

Europäische Partnerschaft zur Bekämpfung von Krebs:

[http://ec.europa.eu/health/major\\_chronic\\_diseases/diseases/cancer/index\\_en.htm#fragment1](http://ec.europa.eu/health/major_chronic_diseases/diseases/cancer/index_en.htm#fragment1)

## **ERWEITERTE KONTROLLEN FÜR DIE EINFUHR VON WAREN AUS JAPAN**

Mit Änderungsverordnung (EU) Nr. 506/2011 vom 23.05.2011 hat die Kommission die nach dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima am 11.03.2011 in der Verordnung (EU) Nr. 297/2011 festgelegten strengen Kontrollen für aus Japan stammende Lebens- und Futtermittel erweitert. Zu den zwölf Präfekturen, die die Zone bilden, in der sämtliche Lebens- und Futtermittel, die von dort stammen vor ihrer Ausfuhr in die EU auf ihren radioaktiven Gehalt geprüft werden müssen, wurde die Provinz Kanagawa hinzugefügt. Grund dafür ist, dass japanische Behörden in Blättern von grünem Tee aus der Präfektur Kanagawa einen hohen Gehalt an radioaktivem Caesium festgestellt hatten (570 bis 780 Bq/kg), der den derzeit zulässigen Höchstwert (500 Bq/kg) überschreitet. Außerdem wurde die Geltungsdauer der Verordnung (EU) Nr. 297/2011 und damit der Sonderkontrollen vom ehemals 30.06. auf den 30.09.2011 verlängert. Die monatliche Überprüfung der in der Verordnung festgesetzten Maßnahmen findet weiterhin statt.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:136:0052:0055:DE:PDF>

## **USA HEBEN STRAFZÖLLE AUF EU-PRODUKTE IM STREIT UM HORMONBEHANDELTES RINDFLEISCH AUF**

Am 27.05.2011 teilte ein US-Handelsvertreter mit, dass die im Hormonstreit



erlassenen, verbliebenen Strafzölle auf EU-Produkte vorzeitig aufgehoben werden. Diese waren nach dem EU-Importverbot für hormonbehandeltes Rindfleisch aus den USA erlassen worden. Betroffen sind Schweinefleisch- und Rindfleischprodukte aber auch Spezialitäten wie Roquefort-Käse, Schokoladen, Himbeerkonfitüre und Fruchtsäfte. Der Handelsstreit war bereits im Mai 2009 beigelegt worden. Im Gegenzug zu einem schrittweisen Abbau der Strafzölle (um 68 % bis 2012) wurde eine EU-Marktöffnung für wachstumshormonfreies US-Rindfleisch (20.000 t zollfrei) vereinbart. Der vollständige Abbau der Strafzölle war erst für das zweite Halbjahr 2012, bei gleichzeitiger Erhöhung des zollfreien EU-Handelskontingents auf 45.000 t, vorgesehen. Sprecher der Generaldirektionen für Handel und für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Kommission begrüßten in einer gemeinsamen Stellungnahme die Vereinfachungen im transatlantischen Handel als sehr positives Signal. Die EU werde die bisherigen Abmachungen in vollem Umfang einhalten (s. Beitrag des StMELF in diesem EB).

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

#### **EU-KULTURMINISTERRAT AM 19.05.2011**

Am 19.05.2011 tagte in Brüssel der Kulturministerrat, wobei die deutsche Delegation von Staatsminister *Neumann* (BKM) geleitet wurde. Für den Bundesrat nahm der bayerische Staatsminister *Dr. Heubisch* teil. Medienthemmen standen dabei nicht auf der formellen Tagesordnung. Der für den Teil Kultur als auch für den Bereich Audiovisuelle Medien inhaltlich bedeutsamste Punkt war Gesprächsgegenstand beim Mittagessen, bei dem informell die Zukunft der Programme Kultur und MEDIA ab 2014 besprochen wurde (vgl. EB 06/11). Staatsminister *Neumann* sprach sich dabei für die weitere Eigenständigkeit, aber auch für die Beibehaltung der bisherigen finanziellen Ausstattung der beiden Programme aus. Dies müsse auch dann gelten, wenn sie unter ein gemeinsames Dach „Creative Europe“ gestellt würden. Die Position des Staatsministers fand große Zustimmung. Außerdem skizzierte Polen auf der Ratssitzung sein künftiges Präsidentschaftsprogramm.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09057.de11.pdf>

#### **EU-TELEKOMMUNIKATIONSMINISTERRAT AM 27.05.2011**

Der Telekommunikationsministerrat verabschiedete am 27.05.2011 nach Zu-



stimmung des Europäischen Parlaments (EP) eine Verordnung zur Verlängerung des Mandats der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) um 18 Monate bis zum 13.09.2013 sowie einen Fortschrittsbericht der Präsidentschaft zur inhaltlichen Neumandatierung der Agentur. Außerdem wurde der Sachstandbericht des Vorsitzes zum 1. frequenzpolitischen Programm einhellig begrüßt und Ratschlussfolgerungen zum Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen sowie zur Weltfunkkonferenz 2012 und zum Europäischen eGovernment-Aktionsplan 2011 bis 2015 angenommen.

Im Rahmen des gemeinsamen Mittagessens der Minister kündigte Vizepräsidentin und Kommissarin für die Digitale Agenda, *Neelie Kroes*, für Ende Juni die Vorlage eines Vorschlags zum Thema „Roaming“ an, der auch einen integrierten Ansatz mit strukturellen Elementen enthalten werde. Des Weiteren drängte *Kroes* angesichts des zunehmenden Vorsprungs Asiens im IKT-Bereich auf eine zügigere Umsetzung der digitalen Agenda. Deutschland informierte über die Strategie „Deutschland digital 2015“ und erläuterte Einzelheiten zur Breitbandstrategie, zu Green IT und eGovernment-Strategie. Im Anschluss an das Mittagessen informierte Polen über das Arbeitsprogramm seines künftigen Vorsitzes.

Funkfrequenzpolitik:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st10/st10295.de11.pdf> (Fortschrittsbericht)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st13/st13872.de10.pdf> (Vorschlag der Kommission)

EU-Agentur für Netz- und Informationssicherheit:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/pe00/pe00012-re01.de11.pdf> (Verordnung)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st10/st10296.de11.pdf> (Fortschrittsbericht)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st14/st14358.de10.pdf> (Vorschlag der Kommission)

Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st10/st10299.de11.pdf> (Schlussfolgerungen)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st08/st08548.de11.pdf> (Mitteilung der Kommission)

ITU-Weltfunkkonferenz 2012:



<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st10/st10301.de11.pdf> (Schlussfolgerungen)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st08/st08758.de11.pdf> (Mitteilung der Kommission)

Europäischer eGovernment-Aktionsplan 2011-2015:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st10/st10308.de11.pdf> (Schlussfolgerungen)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st18/st18135.de10.pdf> (Mitteilung der Kommission)

### **MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR STÄRKUNG DER RECHTE DES GEISTIGEN EIGENTUMS – RICHTLINIE ZUR NUTZUNG VERWAISTER WERKE**

Am 24.05.2011 hat die Kommission ihre Mitteilung für ein Konzept für die Stärkung der Rechte des geistigen Eigentums („Ein Binnenmarkt für Rechte des geistigen Eigentums“) veröffentlicht. Ziel ist es, die bestehende Rechtssetzung an die heutige Technologie anzupassen und gleichzeitig ein Gleichgewicht zwischen der Förderung von Innovationen und der Schaffung eines möglichst breiten Zugangs zu Produkten und Dienstleistungen des geistigen Eigentums herzustellen. Insgesamt schlägt die Kommission eine Reihe von im Wesentlichen schon bekannten Maßnahmen vor, mit denen sie dieses Ziel erreichen will.

Im Bereich der Urheberrechte soll die Schaffung eines Rechtsrahmens für eine effiziente länderübergreifende gemeinsame Verwaltung sowie eine gesamteuropäische Lizenzierung im Bereich des Urheberrechts ermöglicht werden (s. auch Beitrag des StMJV in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/copyright/docs/orphan-works/proposal\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/docs/orphan-works/proposal_de.pdf)

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/iprenforcement/docs/observatory/com\\_2011\\_288\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/iprenforcement/docs/observatory/com_2011_288_en.pdf)

### **BREITBAND-INTERNETZUGANG: VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND EINGESTELLT**

Am 19.05.2011 stellte die Kommission ein gegen Deutschland eingeleitetes Vertragsverletzungsverfahren wegen ursprünglich geplanter „Regulierungsferien“ für die Deutsche Telekom AG ein (EB 22/09). Als Grund für die Beilegung



des Streites nannte die KOM, dass mit der Verabschiedung des neuen Telekom-Gesetzes im April 2011 eine den Wettbewerb auf dem Breitbandmarkt zwischen potentiell neuen und dem etablierten Bewerber erschwerende Vorschrift aufgehoben worden sei. Auch ein zweites Vertragsverletzungsverfahren wegen Beschränkungen bei den zur Nutzung des 2,6 GHz-Frequenzbandes zugelassenen Technologien wurde eingestellt, nachdem die Bundesregierung auf diese Beschränkungen verzichtet hatte. Die deutschen Rechtsvorschriften wurden so geändert, dass die betreffenden Frequenzen nunmehr allen kompatiblen Drahtlos-Systemen, die Telekommunikationsdienste erbringen, offen stehen (mobile und ortsfeste drahtlose Dienste).

[http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/ecomm/implementation\\_enforcement/infringement/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/implementation_enforcement/infringement/index_en.htm)